



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	3
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Außenpolitik	6
4.	Türkische Zyprioten	7
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	9

FES NEWS

FES Website mit dem Newsletter Archiv jetzt online

www.fescyprus.org

1. Das Zypernproblem

Im April setzten die griechisch- und türkisch-zypriotischen Verhandlungsführer Andreas Mavroyiannis und Kudret Ozersay ihre Treffen fort, um den Stand der derzeit stattfindenden Friedensgespräche zu evaluieren. Die Überprüfung, welche die Positionen beider Seiten zu bestimmten Punkten der Zypernfrage analysieren und vergleichen soll, ist von unterschiedlichen, sich widersprechenden Kommentaren der beiden Vertreter überschattet.

Während einerseits die türkischen Zyprioten behaupten, dass eine Einigung innerhalb weniger Monate erreicht werden könne, verweisen die griechischen Zyprioten auf bestehende Meinungsunterschiede, welche eine Einigung in weite Ferne zu rücken scheinen. Zusätzlich scheint es Uneinigkeit vor allem im Hinblick auf das von der UN verfasste Konvergenzpaper über die Friedensgespräche zwischen 2008 und 2012 zu geben. Ozersay beschuldigte die griechisch-zypriotische Seite, die Konvergenzen neu verhandeln zu wollen, während Mavroyiannis zufolge das Papier nicht zur Verhandlung stehe.

Trotz der Meinungsverschiedenheiten wurde die Überprüfung am 15. April abgeschlossen. Am Monatsende reisten beide Verhandlungsführer auf Initiative der Vereinigten Staaten nach Südafrika, um Informationen über den dortigen Versöhnungsprozess, der zum Ende der Apartheid und der Einführung eines demokratischen Systems führte, zu sammeln. Der Besuch fand zwischen dem 25. und 29. April statt.

Am 4. April gab UNFICYP eine Einigung bekannt, wonach die Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) ihre Unterstützung bei Minenräumungsaktionen zur Verfügung stellt. Seit 1974 befinden sich innerhalb der Pufferzone Landminen. Die Räumungsarbeiten begannen am 7. April und sollen bis Ende Mai abgeschlossen sein. Die Vereinbarung wurde nach einer Resolution des UN-Sicherheitsrates (Nr. 2135) vom 30. Januar 2014 zur vollständigen Entminung der Insel getroffen. Im März hatte Dervis Eroglu die Entfernung der Minen auf der Insel als Teil der vertrauensbildenden Maßnahmen vorgeschlagen.

Bei einem Treffen mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon am 21. April in New York sagte der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter, dass die derzeitigen Verhandlungen bis Ende des Jahres mit einer Einigung abgeschlossen würden. Dies wurde von der griechisch-zypriotischen Seite als eine falsche Darstellung der Gespräche scharf kritisiert. Der UN-Generalsekretär wiederum drängte beide Seiten, die Dynamik der derzeitigen Gespräche aufrecht zu erhalten.

Die Stärkung der Rolle der EU innerhalb der Zyperngespräche und die Rückgabe des abgeäunten Gebietes von Famagusta als eine vertrauensbildende Maßnahme standen im Mittelpunkt bei den Gesprächen zwischen Präsident Anastasiades und dem EU-Erweiterungskommissar Stefan Fule. Fule nahm am 7. April an der Einweihung der bikommunalen Abwassertaufbereitungsanlage in Mia Milia teil. Die aktive Rolle der EU im Verhandlungsprozess und die vertrauensbildenden Maßnahmen waren

auch ein Thema bei dem Treffen am 8. April zwischen Anastasiades und dem stellvertretenden Staatssekretär des US-Außenministeriums, Eric Rubin.

Der Vorschlag, dass sich türkische Zyprioten auch bei der Kommission für unbewegliches Vermögen registrieren können (Immovable Property Commission – IPC), um so einen Landtausch mit griechischen Zyprioten durchzuführen, wurde vom Kabinett der TRNZ¹ genehmigt und wird wohl auch vom Parlament angenommen werden. Dem Vorschlag zufolge soll es türkischen Zyprioten ermöglicht werden, ihren Landbesitz im Süden mit dem griechischer Zyprioten im Norden zu tauschen. Die IPC wurde 2006 gegründet, um Eigentumsfragen im Norden der Insel in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Europäischen Gerichts für Menschenrechte zu lösen.

Zum ersten Mal seit 1957 wurde wieder ein Karfreitagsgottesdienst in der Ayios Giorgios Exorinos Kirche in Famagusta abgehalten. Das historische Ereignis wurde von den UN als ein Musterbeispiel für die Wiederherstellung des

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

Vertrauens zwischen beiden Bevölkerungsgruppen gewertet.

Der zypriotische Außenminister rief alle griechisch-zypriotischen Bürger auf, nicht in die Türkei zu reisen, da die Türkei in ihrem neuen online-Portal zur Beantragung von Reisevisa in die Türkei die Republik Zypern nicht aufführt und sich stattdessen auf die ‚griechisch-zypriotische Verwaltung‘ bezieht. Dieser Schritt findet vor dem Hintergrund der derzeitigen Friedensgespräche statt, in deren Rahmen die internationale Gemeinschaft auf vertrauensbildende Maßnahmen schaut, die das Verhandlungsklima nicht nur zwischen den beiden Bevölkerungsgruppe, sondern auch zwischen den griechischen Zyprioten und der Türkei verbessern sollen.

2. Gasvorkommen

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters am 9. April erklärte Präsident Anastasiades, dass sich die Gasfunde innerhalb der zypriotischen Wirtschaftszone positiv auf die internationalen Bemühungen zur Lösung des Zypernproblems auswirken könnten. Gleichzeitig seien die Gasvorkommen für Europa eine Alternative bei der Energieversorgung und vermindere somit die Abhängigkeit Europas von russischem Gas. Außerdem betonte der Präsident am 12. April in einer Rede anlässlich einer Konferenz über die Herausforderungen für die Beziehungen zwischen Europa und den Mittelmeerländern nach dem Arabischen Frühling, dass die Türkei nach einer Lösung des Zypern-

problems Gas kaufen könne. Er schloss jedoch die Möglichkeit einer strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern aus.

Am 24. April kam eine hochrangige Delegation der Deutschen Bank nach Zypern, um die Finanzierungsaussichten einer Gasverflüssigungsanlage (LNG-Anlage) zu diskutieren. Neben der Option einer direkten Finanzierung ziehen die Regierung mit der Deutschen Bank und der Europäischen Investitionsbank eine Beteiligung von Investoren in Betracht, um das ehrgeizige Projekt in Höhe von 8-10 Milliarden Euro zu finanzieren. Die Deutsche Bank ist ebenfalls durch ihr Projektmanagement an dem israelischen Leviathan Gasfeld beteiligt.

Am selben Tag begann die Natural Gas Public Company (DEFA) mit der Angebotsprüfung über Gaslieferungen zur Stromherstellung. Bis zum 14. April erhielt die DEFA vier Angebote, deren Einzelheiten aufgrund einer Geheimhaltungsklausel nicht veröffentlicht wurden. In der Zwischenzeit gaben die Partner, die ebenfalls an der Entwicklung des israelischen Gasfeldes Leviathan beteiligt sind, an der Tel Aviver Börse bekannt, dass sie ein Angebot gemacht hätten, Gas nach Zypern mit Hilfe einer Pipeline zu verkaufen. Bei den beteiligten Firmen handelt es sich um die israelischen Firmen Delek Gruppe und Ratio Oil Exploration sowie Noble Energy aus den USA. Der Wirtschaftszeitung *Globes* zufolge soll das Angebot bei ca. 3 Milliarden US-Dollar liegen. *Globes* berichtete außerdem, dass die anderen Angebote von der holländischen Firma Vitol, einer Unternehmensgruppe des aserbeidschanischen Ölunternehmens SOCAR,

sowie von einem griechischen Konsortium stammen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Präsident Anastasiades besuchte vom 14. bis zum 18. April die Vereinigten Arabischen Emirate, um Investitionen nach Zypern bringen. Außerdem kam die Kuwait Projects Holding Company (KIPCO), eine Investorengruppe aus dem gleichnamigen Golfstaat, nach Zypern. Ziel des Besuches war es, potentielle Investitionen in Augenschein zu nehmen. Die KIPCO-Delegation schien vor allem an Projekten im Bereich Tourismus wie Jachthäfen, Golfplätze und größere Bauprojekte interessiert zu sein, aber auch an den halbstaatlichen Unternehmen, die im Rahmen des Memorandum of Understanding mit der Troika² privatisiert werden müssen. Präsident Anastasiades hatte Kuwait bereits im Oktober 2013 besucht.

Der Vorstand der Bank of Cyprus (BoC) zieht die Gründung eines separaten Instituts, einer sogenannten Entwicklungsbank (statt einer ‚Bad Bank‘) für die Abwicklung fauler Kredite in Betracht. Ende 2013 lag die Quote der faulen Kredite bei 50%. Die Finanzierung der neuen Einheit scheint dem Vorstand jedoch einiges Kopfzerbrechen zu bereiten. Die HSBC, welche

² Die Troika besteht aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank.

die BoC berät, wies darauf hin, dass die neue Einheit von privaten Investoren finanziert werden könne. Dieser Vorschlag wurde jedoch nur widerstrebend von einigen Anteilseignern und Vorstandsmitgliedern aufgenommen. Alternativ könnte sich die Regierung bei der Finanzierung beteiligen.

In der Zwischenzeit zieht die BoC ein überarbeitetes Angebot von der ABH Ukraine Ltd zum Verkauf des ukrainischen Tochterunternehmens PJSC Bank of Cyprus in Betracht. Die ABH Ukraine Ltd ist Teil der russischen Alfa Gruppe. Das vorgelegte Angebot liegt 10% unter den im Januar angebotenen 225 Millionen Euro.

Rund 280 Angestellte der Genossenschaftsbanken haben sich im Rahmen einer Vorruhestandsregelung für eine frühzeitige Pensionierung entschlossen. Die Regelung ist Teil eines umfassenden Umstrukturierungsplans.

Nach einem positiven Ergebnis der dritten vierteljährlichen Prüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Zypern genehmigte der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) die Auszahlung von 150 Millionen Euro. Somit liegt die bisher ausgezahlte Finanzhilfe durch den ESM bei 4,75 Milliarden Euro. Eine Delegation der Troika wird für den 6. Mai erwartet, um die vierte Prüfung des Anpassungsprogramms durchzuführen.

Die Rating-Agentur *Standard & Poor's* erhöhte die Kreditwürdigkeit der Insel von B- auf B mit einer positiven Prognose, da die Wirtschaftsleistung besser ausfiel als erwartet. Die Rating-Agentur *Fitch* revidierte ebenfalls die Prognosen für Zyperns Emittentenausfall von negativ auf

stabil aufgrund der finanzpolitischen Korrekturen.

Im Rahmen der Ermittlungen zum Kollaps der zypriotischen Wirtschaft stellte die Präsidentin der zypriotischen Zentralbank, Chrystalla Georghadji, dem parlamentarischen Ethikausschuss eine Liste mit den Namen von Einzelpersonen und Firmen zur Verfügung, die zwischen dem 15. und 27. März 2013 Kapital außer Landes geschafft haben. Während dieses Zeitraums wurden strenge Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, welche die Überweisung auf ausländische Konten verhindern sollten. AKEL hatte ursprünglich die Veröffentlichung einer Liste mit 11.000 Namen von Einzelpersonen und Firmen gefordert, die in dem Zeitraum vom Juli 2012 bis März 2013 Kapital ins Ausland geschafft hatten. Diese Forderung wurde wieder zurückgezogen, nachdem zahlreiche Unternehmen protestiert und die Veröffentlichung als ungesetzlich kritisiert hatten. Der parlamentarische Ethikausschuss entschied sich am 30. April schließlich gegen die Veröffentlichung der Liste.

Am 30. April verkaufte Zypern zum ersten Mal nach seinem Ausschluss von den internationalen Finanzmärkten im Jahr 2011 6,5%ige Staatsanleihen mit einer sechsjährigen Laufzeit in Höhe von 100 Millionen Euro. Die Anleihen werden an der Londoner Börse gehandelt und sollen zur Tilgung öffentlicher Schulden verwendet werden.

In seinem Weltwirtschaftsausblick geht der IWF davon aus, dass die Arbeitslosenquote 2014 von 19,8% auf 19,2% und 2015 auf 18,4% fallen

wird. Das BIP soll 2014 um 4,8% sinken, während für 2015 ein Wachstum von 0,9% erwartet wird.

Innenpolitische Entwicklungen

Präsident Anastasiades kündete die Umstrukturierung der allgemeinen Wehrpflicht an, die derzeit 24 Monate dauert. Die Regierung plant eine Verkürzung auf 14 Monate, da eine wachsende Zahl Wehrpflichtiger den Wehrdienst nicht antritt und psychologische Gründe dafür nennt. In Zypern gibt es keine Möglichkeit, den Wehrdienst aus Gewissensgründen zu verweigern.

Die im vergangenen Winter historisch niedrige Niederschlagsmenge wird für die zypriotischen Bauern schwerwiegende finanzielle Folgen haben. Landwirtschaftsminister Nicos Kouyialis kündigte an, dass an die Bauern eine Ausgleichszahlung von bis zu 14 Millionen Euro erfolgen werde. Während es keine Rationierung beim Trinkwasser geben wird, soll die Menge des für die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen verwendeten Wassers begrenzt werden. Die derzeitige Situation ist Grund genug, über Wasserrecycling und die Inbetriebnahme von weiteren Abwasseraufbereitungsanlagen wie die in Milia nachzudenken. Schon 2008 musste Zypern aufgrund der damals herrschenden Dürre Trinkwasser mit Tankschiffen importieren. In diesem Zusammenhang könnte die Wasserpipeline zwischen der Türkei und dem Nordteil der Insel, die im September fertig gestellt wird, ein weiterer Anreiz innerhalb der Friedensgespräche sein.

DISY und AKEL sahen sich Vorwürfen ausgesetzt, wonach beide Parteien zwischen 2007 und 2008 Spenden von der Focus Maritime Coporation erhalten haben. Deren Eigentümer ist der Reeder Michalis Zolatas, ein enger Freund und Geschäftspartner von Andreas Vgenopoulos. Die zypriotische Tageszeitung *Politis* deutete in ihrer Veröffentlichung an, dass die Zahlungen auf Betreiben von Vgenopoulos getätigt worden seien, damit jener politischen Einfluss gewinne. Vgenopoulos ist einer der Hauptverdächtigen, die für den Kollaps der zypriotischen Wirtschaft verantwortlich gemacht werden. Er war Vorstandsvorsitzender und Hauptaktionär der Marfin Popular Bank, die nach riesigen Verlusten während seiner Amtszeit aufgrund der Bail-In Vereinbarungen mit der Troika im Jahr 2013 abgewickelt wurde.

Außenpolitik

Am 16. April äußerte Außenminister Ioannis Kasoulides Bedenken, dass die EU-Sanktionen gegen Russland negative Folgen für die zypriotische Wirtschaft haben könnten. Dies betreffe insbesondere russische Anwalts- und Steuerberaterfirmen sowie die Anzahl russischer und ukrainischer Touristen. Außerdem wurde nach Angaben der russischen Zentralbank in den letzten drei Quartalen von 2013 zypriotisches Kapital in Höhe von 12,9 Milliarden US-Dollar in Russland investiert. Der zypriotische Außenminister schlägt vor, dass jedes Land selbst entscheiden solle, ob es sich an möglichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland beteiligt.

Im Endspurt zu den EU-Wahlen kündigte der konservative Kandidat für das Amt des

Kommissionspräsidenten, Jean Claude Juncker, an, dass er plane, auch Zypern während seines Wahlkampfes zu besuchen.

Am 27. April verurteilte die Regierung eine von der Türkei an die Vereinten Nationen abgeschickte Note Verbale, in welcher die Abgrenzung des Festlandsockels zwischen der Türkei und der ‚TRNZ‘ festgelegt wird. Eine entsprechende Vereinbarung war 2011 in New York zwischen der Türkei und der ‚TRNZ‘ unterschrieben und 2012 in der Türkei vom Parlament als Gesetz Nr. 6344 verabschiedet worden.

4. Türkische Zyprioten

Am 2. April informierte Präsident Dervisch Eroglu das Parlament über die neuesten Entwicklungen bei den Friedensgesprächen. Die nicht-öffentliche Sitzung dauerte sechseinhalb Stunden. Eroglu gab bekannt, dass er die Abgeordneten über die Vorschläge der griechischen Zyprioten und die Arbeit der technischen Komitees informiert habe.

Außenminister Özdil Nami zufolge habe die griechisch-zypriotische Seite den Prozess verlangsamt. Eine Lösung könne nicht gefunden werden, wenn sich die Volksgruppenvertreter nur einmal im Monat trafen, so wie es auch inakzeptabel sei, dass sich die Verhandlungsführer nur einmal pro Woche trafen. Nami fügte hinzu, dass der Prozess beschleunigt werden müsse.

Die Zusammenarbeit der wichtigsten Oppositionspartei National Unity Party (UBP) mit

dem Juniorpartner der Regierungskoalition, Democratic Party – National Forces (DP-UG) für die anstehenden Bürgermeisterwahlen wurde beendet. Der Vorsitzende der UBP, Hüseyin Özgürgün, sagte, dass die Nominierung eines Abgeordneten als Bürgermeisterkandidat für den Bezirk Iskele/Trikomo durch DP-UG zum Scheitern der Vereinbarung geführt habe. Özgürgün führte weiter aus, dass unsere Unterstützung für Herrn Erglu weiterhin besteht. Die gescheiterte Zusammenarbeit mit der DP-UG auf der Ebene der Gemeinderatswahlen ist eine Sache, die Präsidentschaftswahlen eine andere.’

Etwas früher hatte die DP-UG entschieden, in der Koalitionsregierung mit der CTP-BG zu bleiben und ihre Zusammenarbeit mit der UBP fortzusetzen. Berichten zufolge war die Partei in dieser Frage gespalten: während sich die eine Seite dafür aussprach, die Koalitionsregierung zu verlassen, wollte die andere Seite die Zusammenarbeit mit UBP bei den Kommunalwahlen beenden. Aufgrund dieser Parteitagsentscheidung kündigte der Abgeordnete Zorlu Töre des UG-Flügels der DP-UG seinen Parteiaustritt an und nannte das Ende der Zusammenarbeit mit der UBP den Hauptgrund für seinen Rücktritt. Töre forderte eine neue Regierungskoalition unter Ausschluss der CTP-BG. Nach dem Rücktritt Töres ist die Sitzverteilung im türkisch-zypriotischen Parlament wie folgt: CTP-BG: 21, UBP: 14, DP-UG: 11, TDP: 3, Unabhängige: 1.

Der für seine extrem nationalistischen Ansichten bekannte Töre hatte im April eine ‚Nein‘-Kampagne gegen ein mögliches Referendum gestartet und eine Karte mit jenen Dörfern veröffentlicht, welche nach einer möglichen

Lösung angeblich an die griechischen Zyprioten zurück gegeben werden. Nami meinte darauf hin, dass diese Karte ein 'Produkt seiner Fantasie' sei.

Der Bürgermeisterkandidat der UPB für Nikosia, Hasan Sertoglu, zog seine Kandidatur zurück. Herr Sertoglu ist der Präsident des Türkisch-Zypriotischen Fußballverbandes (KTFF). Er begründete seine Entscheidung damit, dass die Umsetzung der provisorischen Vereinbarung zwischen der KTFF und des Zypriotischen Fußballverbandes (KOP) nicht gefährden wolle.

Die Sozialdemokratische Partei (TDP), die United Cyprus Party (BKP) sowie die Baraka Cultural Centre Partei kündigten ihre Zusammenarbeit für die anstehenden Gemeinderatswahlen an. Der Vereinbarung zufolge wird die TDP ihren Parteisekretär Mehmet Harmanci für Nikosia nominieren. Herr Harmanci diente in der hoch angesehenen Interimsregierung vom letzten Jahr als Tourismusminister

Für die anstehenden Europawahlen wurde eine bikommunale Kandidatenliste unter dem Namen 'Action' gebildet. Auf der Liste, die auch die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigt, stehen zwei türkisch-zypriotische und vier griechisch-zypriotische Kandidaten und Kandidatinnen. Die ausgesprochen linksgerichtete Gruppe kündigte ihre Kandidatur am 29. April auf einer Pressekonferenz im Home for Cooperation an, das sich in der Pufferzone befindet.

Zwischenzeitlich wurde am 20. April ein Kooperationsabkommen zwischen dem türkisch-zypriotischen Außenministerium und dem

türkischen Ministerium für EU-Angelegenheiten geschlossen. Die Vereinbarung wurde von dem türkisch-zypriotischen Außenminister Özdil Nami und dem türkischen Minister für EU-Angelegenheiten und Hauptverhandlungsführer Mevlüt Cavusoglu unterzeichnet. Ziel des Abkommens ist eine verstärkte Zusammenarbeit der beiden Ministerien im Hinblick auf einen EU-Beitritt und bei der Harmonisierung mit dem EU-Acquis Communautaire. In einem anderen Zusammenhang sagte Herr Cavusoglu, er glaube, dass eine Lösung der Zypernfrage bis Ende des Jahres gefunden werden könne.

Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu lud Nicos Anastasiades zu einem gemeinsamen Besuch des Konzertes der Rockgruppe Deep Purple als eine vertrauensbildende Maßnahme ein. Die englische Rockband wird am 25. Mai bei den Feiern zum 25-jährigen Bestehen der Near East University in Nord-Nikosia auftreten. Das Konzert ist öffentlich und der Eintritt umsonst.

Famagustas Bürgermeister Oktay Kayalp sagte, dass sich die eingezäunte Stadt Varosha in einem sehr desolaten Zustand befände und dass die Stadt frühestens nach einer Sanierungszeit von fünf Jahren bewohnbar sei. Er forderte vor einer umfassenden Lösung der Zypernfrage die Erstellung einer Machbarkeitsstudie unter Zusammenarbeit beider Bevölkerungsgruppen.

Das Finanzministerium veröffentlichte im Januar 2014 Zahlen, wonach das Ministerium 39.854 Zahlungen in Höhe von 150 Millionen Türkischen Lira (ca. 50 Millionen Euro) u.a. für

Beamtengehälter im öffentlichen Dienst, Renten und Sozialhilfe vorgenommen hat.

Das staatliche Planungsbüro gab die Aussichten für Wirtschaftswachstum und Inflation für den Zeitraum 2014-16 bekannt. Demzufolge soll das BIP um 2,3%, 3,8% und 3,8% wachsen, während die Inflationsrate bei 8,9%, 4,8% und 4,6% liegen soll. In seinen Bemerkungen zu den vorliegenden Zahlen sagte der Leiter des Planungsbüros, dass die Wachstumsprognosen unter jenen der letzten zehn Jahre lägen und dass sich die Fluktuation bei den Wechselkursen und die weltweiten Ölpreise auf die Inflationsraten stark auswirkten. Dem Planungsbüro zufolge lag die Inflationsrate von Jahresanfang bis März bei 15%.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Mai

Montag 5. Mai 2014, 18.00 – 20.00 Uhr

FES

Diskussion

Eine geteilte Insel vor großen Entscheidungen

Hiroshimastraße 28, Konferenzsaal, Haus 2, Berlin
Öffentliche Veranstaltung



Freitag 9. Mai 2014, 17.00 – 19.15 Uhr

University of Nicosia / Institute for Cultural
Diplomacy / Anna Lindh Foundation Cyprus
Network / UNESCO Chair / FES

Konferenz

**Cultural Diplomacy and Narratives of Conflict
in the Middle East**

University of Nicosia
Öffentliche Veranstaltungen



Samstag 10. Mai 2014, 9.45 – 17.30 Uhr

CAD / Australian Embassy Turkey / Australian
High Commission Cyprus / FES

Workshop

Istanbul Roundtable – May 2014

Istanbul Policy Center

**Samstag 17. Mai 2014, 09.00 – 14.00 Uhr**

University of Nicosia / PRIO Cyprus Center / FES

Konferenz

**«Μετά την κρίση: αναζητώντας τα αίτια της
κατάρρευσης και τις στρατηγικές ανασύνταξης»**

**"After the crisis: searching for the causes of
disintegration and the strategies for reorgani-
zation"**

UNESCO Amphitheatre, University of Nicosia
Öffentliche Veranstaltung

**Impressum:****Friedrich Ebert Stiftung (FES)**

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Web-Seite: www.fescyprus.org

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis
Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com